

Solidarität

Organ des Verbandes der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreizehntägige Zeitzeile 20 Pfennige; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennige. — Sämtliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 6893 im Post-Zeitungsregister.

Mittheilungen des Verbands- Vorstandes.

Die nach § 23 des Verbandsstatuts vorgesehene Ergänzungswahl zum Verbandsvorstand ist nunmehr erfolgt und hat sich der Vorstand wie folgt konstituiert:

1. Vorsitzender Karl Wittig, Lantiger Platz 12, bei Stephan.
 2. Vorsitzende Paula Thiede, Seydelstr. 30 pt.
 1. Kassierer Heinrich Lodaht, Adalbertstr. 94.
 2. Kassierer Franz Mohr, Zwinglstr. 21.
- Schriftführer: Paul Land, Rixdorf, Jägerstr. 43.
 Weißgerinnen: Kolleginnen Kannengießer und Hempel.
 Revisoren: Paul Lärm, Marie Lange und Emma Wuetzhilfer.

Der Verbandsvorstand.

Die Tariftgemeinschaft und die Tariforganisation der deutschen Buchdrucker.

(Schluß.)

Wir ersehen hieraus, wie von Jahr zu Jahr Fortschritte nicht allein in der Anzahl der Orte und der tarifanerkennenden Firmen, sondern, was von höchster wirtschaftlicher Bedeutung für die Buchdrucker war, das rapide Anwachsen der nach dem Tarif entlohnten Gehülfen. Die Zahl der Gehülfen würde noch größer sein, wenn nicht viele Prinzipale die Angabe der bei ihnen beschäftigten Gehülfen unterlassen würden. Nach Angabe des Berichtes beträgt diese Zahl mindestens 2000. Mit hin würden also nur 36 000 Gehülfen tarifmäßig beschäftigt werden. Diese Zahlen werden auch bestätigt durch die statistischen Erhebungen, die innerhalb fünf Jahren durch das Tarifamt vier Mal vorgenommen worden sind. Interessant ist nach diesen Erhebungen die Thatsache, daß im Jahre 1897 von 26 020 Gehülfen 19 246 tarifmäßig, und nicht tarifmäßig und 2 865 nicht tarifmäßig beschäftigt wurden, während im Jahre 1901 bei 38 682 Gehülfen 36 317 tarifmäßig und 2 365 nicht tarifmäßig beschäftigt wurden. Bei einem starken Wachstum der tarifmäßig beschäftigten Gehülfen erblickt man ein rapides Zurückgehen der untarifmäßig beschäftigten Gehülfen. Deutlicher und schlagender kann der Erfolg der Tariftgemeinschaft der deutschen Buchdrucker nicht erbracht werden, als durch diese Thatsachen.

Auch die Beschränkung der Lehrlinge ist während dieser Zeit unmittelbar vor sich gegangen. Im Jahre 1897 waren nach der Statistik bei 26 020 Gehülfen 9 244 Lehrlinge = 36%, im Jahre 1901 bei 38 682 Gehülfen 10 171 Lehrling = 26%. Trotz der Erhöhung der Gehülfezahl um 12 600 10% weniger Lehrlinge.

Die Innehaltung des Tarifs durch die Prinzipalität wird ebenfalls durch den Bericht bewiesen. So wurden von den 3372 anerkennenden

Firmen im Ganzen 152 wegen Nichtinnehaltung des Tarifs gestrichen, von denen bereits 20 um ihre Wiederaufnahme erücht haben.

Der Einfluß der Schiedsgerichte, deren Zahl in ganz Deutschland zur Zeit 21 beträgt, ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen. Die Parteien haben sich, mit wenigen Ausnahmen, dem Urtheile stets unterworfen, und nur ganz vereinzelte Fälle von Maßregelungen seitens der Prinzipalität sind vorgekommen. In derartigen Fällen wurden die Firmen als tariflos gestrichen, wenn nicht eine Befristung oder Zurücknahme der Maßregelung herbeigeführt werden konnte.

Der Bericht bringt ferner eine Arbeitslosenstatistik der den Tarif bedingungslos unterstellten Arbeitsnachweise, deren Zahl 28 beträgt. Die Verpflichtung, die diese Arbeitsnachweise haben, besteht darin, daß sie nur tariflose Gehülfen in tariflosen Druckereien unterbringen und auf Anweisung des Tarifamtes in erster Linie den durch ihr Eintreten für tarifmäßige Bezahlung konditionellos gewordenen Gehülfen Arbeit nachweisen. Solche Fälle sind in den letzten vier Jahren 780 vorgekommen, und zwar im Jahre 1897/98: 240, 1898/99: 255, 1899/1900: 196, 1900/1901: 32. Auch aus diesen Ziffern ist ersichtlich, je mehr sich der Tarif eingebürgert hat, je geringer wurden die Kämpfe um Einführung des Tarifs und immer weniger die Maßregelungen. Der Bericht bemerkt noch, daß auch diejenigen Arbeitsnachweise, deren Zahl 34 beträgt und sich nicht dem Tarifamt bedingungslos unterstellt haben, ebenfalls der Pflicht, Bemühen zu unterzubringen, in anerkannter Weise nachgekommen sind. Auf den Rapport der 28 Arbeitsnachweise können wir hier verzichten, denn, solange nicht von sämtlichen 62 Arbeitsnachweisen eine genaue Statistik geübt wird, ist die Wiedergabe einzelner verfehlt. Aus dem Bericht kann höchstens das Eine interessieren, daß auch das Vorhandensein einer zunehmenden Arbeitslosigkeit durch diese 28 Arbeitsnachweise konstatirt wird. So ergab im Jahre 1897 bei diesen Arbeitsnachweisen die Wochendurchschnittsziffer 491 arbeitslose Setzer und 121 Drucker und in diesem Jahre bei 28 Arbeitsnachweisen 576 arbeitslose Setzer und 134 Drucker. Hier wird sich bei der ferneren Gestaltung des Tarifs als notwendig erweisen, die Umgestaltung sämtlicher Arbeitsnachweise in Tarifarbeitsnachweise mit neun Zentralstellen analog den neun Tariffreien. Der jetzige Zustand ist des Tarifvertrags nicht würdig.

Behufs Regelung des Lehrlingswesens, sagt der Bericht, ist unter Zustimmung der Gewerbeordnung ein recht umfangreicher Verkehr mit den Behörden eingetreten, bei dem auch Erfolge nicht ausgeblieben sind. Namentlich ist es gelungen, durch den Erlaß des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe, sowie Verfügungen anderer Behörden, eine kaum glaubliche Lehrlingszucht zu befeitigen. Der Bericht weist auch noch darauf hin, daß die Vergabung von Druckerarbeiten nur an tariffreie Firmen seitens der Behörden Beachtung findet.

Betreffs des Segmaschinentarifs ersehen wir, daß es zwar gelungen ist, denselben zu tarifiren, daß aber dessen Einführung noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Gegen die Gehülfen wird der Vorwurf erhoben, daß sie sich wenig um die Einführung bemühen, da es dem Tarifamt noch an Nachdruck fehlt, weil es sich bei diesem Tarife nicht um ein Lohngesetz im Sinne des allgemeinen Tarifs handelt. Die Befeitigung dieses Uebelstandes wird ausgeglichen werden durch Einverleibung des Segmaschinentarifs in den Haupttarif.

Auch bei den Bemühungen anderer Verbände, betr. Lohnvereinbarungen mit dem Unternehmertum, ist das Tarifamt in Thätigkeit getreten. So gelang es seinen Bemühungen, die abgebrochenen Verhandlungen bei den österreichischen Buchdruckern wieder aufzunehmen und dadurch einen Lohnkampf zu vermeiden. Auch im deutschen Buchbindergewerbe trat das Tarifamt als Vermittler auf, und auch hier gelang es ihm, eine Befristung der Parteien herbeizuführen und einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen.

Daß das Tarifamt es verstanden hat, mit den Jahren das größte Vertrauen bei den Parteien zu erwirken, geht aus dem umfangreichen Verkehr hervor, den es innerhalb von fünf Jahren erreichte. Es wurde in dieser Zeit von den Prinzipalen in 5601 Fällen, von den Gehülfen in 13 500 Fällen angerufen. Bei dieser Korrespondenz handelte es sich in den meisten Fällen um Anerkennung oder Nichtanerkennung des Tarifs, vielfach auch um Nichtinnehaltung desselben.

Vieles ließe sich noch aus dem umfangreichen Bericht des Tarifamtes anführen, namentlich mit welcher persönlichen Aufopferung und strenger Objektivität die verschiedensten Angelegenheiten ihre Erledigung fanden. Der Leser wird aber auch aus dem schon Angeführten sich einen Begriff machen können von der außerordentlichen Thätigkeit des Tarifamtes auf allen Gebieten des Tarifs.

Frägt man sich, welche Summen das Tarifamt wohl verbraucht hat, um die Ein- und Durchführung des Tarifs in dieser umfangreichen Weise zu erwirken, so ist es kaum glaublich, daß sich die sämtlichen Kosten auf ganze 31 000 Mk. belaufen haben, die von beiden Theilen, Prinzipalen und Gehülfen, zu gleichen Theilen aufgebracht worden sind. Der Bericht bemerkt hierzu: „Vergleicht man mit dieser Summe die hohen Verluste, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im deutschen Buchdruckergerbe durch frühere Lohnkämpfe erlitten haben, so macht sich der Segen unserer Tariftgemeinschaft mit einer Deutlichkeit wahrnehmbar, wie dies mit anderen Hinweisen kaum zu erzielen ist. Eine derartige Regelung des Arbeitsverhältnisses gereicht aber nicht nur den Buchdruckerprinzipalen und Gehülfen zum Nutzen, sondern wir meinen, daß damit auch dem Gemeinwesen der deutschen Arbeit und dem sozialen Frieden ein Dienst erwiesen ist.“

Diesen Anschauungen wird sich jeder sachlich Präsenze nur anschließen können. Behauptet hat das Tarifamt noch niemals, daß es unfehlbar oder

dessen Einrichtungen nicht verbesserungsfähig wären, ebenso ist es ihm nie eingefallen zu erklären, daß die sozialen Gegenstände durch die Tarifgemeinschaft beseitigt werden, es hat nur stets das getan, was es im Interesse des Gewerbes für notwendig zu thun erachtete. Mit dem Blick auf das Gan e gerichtet, wird es auch bei der Neugestaltung des Tarifs dem Tarifamt gelingen, für fernere Zeiten fördernd und bessernd für die Interessen des Einzelnen wie der Gesamtheit im deutschen Buchdruckgewerbe einzutreten. Sich zur Ehr', dem Gewerbe zur Wehr!

Der moderne Wohnungswucher.

Die Wohnungsfrage ist ein integrierender Bestandteil der sozialen Frage überhaupt. Der moderne Kapitalismus, der seine Fesseln sprengt und in ungeheurer Begierde aus allen Theilen des wirtschaftlichen Organismus neue Kräfte zu seiner Fortentwicklung saugt, mußte naturgemäß auch auf dem Gebiet des Wohnungswesens jene Erscheinungen zeitigen, die heute immer wieder sowohl vom hygienischen als auch von volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten den Gegenstand tiefgehender Erörterung bilden. Und daß in der That das Thema von Bedeutung ist, weiß gerade der Arbeiter am besten. Er ist der, der auch hier in letzter Linie die Fische zählt und am härtesten den Druck empfindet, den das kapitalistische Wucherthum vermöge seiner eingeräumten Besitzrechte auf Grund und Boden ausübt. Die Preissteigerung, die heute von den privaten Grundeigentümern in den Großstädten, ebenso aber auch in den kleineren Städten, die eine fortschreitende industrielle Entwicklung aufweisen, mit Vorliebe in Szene gesetzt werden, haben ja gerade den Armen gezeigt, daß sich der kleine und große Wohnungswucher in jeder Stadt wie ein schwarzes Insekt herandrängt, um von dem verdienten Arbeitslohn seinen beträchtlichen Antheil zu verlangen. Freilich, auch von ihm gilt, wenn die gemachte Bezeichnung zutrifft, das, was Beatrice Webb von dem englischen Zwischenmeister sagt, daß er „am besten einer Wabe gleicht, die sich im Fleische einfindet, das sich bereits in vorgeschrittenen Zerlegungsprozess befindet.“ Die große moderne Gesellschaft mit einer dünnen Schicht gleichenden Firnis überdeckt, ist innerlich faul, morsch und mürbe und in ihren zerlegenden Organismen wuchern die lehrträftigen Pilze, die jene Früchte treiben, die überall zu erster Reformthätigkeit mahnen.

Was freilich die moderne Wohnungsmisere anbelangt, so ist vielleicht auf keinem Gebiet von kommunalen und staatlichen Behörden so viel durch träge Unthätigkeit und stagnierende Gleichgültigkeit gesündigt worden, wie gerade auf diesem. In Deutschland hat man beispielsweise durch die 1892 in Hamburg aufgetretene Choleraepidemie ein geradezu abschreckendes Bild über das moderne Wohnungselend ausgestellt erhalten und die Opfer, die der epidemische Würgengel ungeschätzt dahintrastete, bildeten einen nicht mißzuverstehenden Mahnruf an alle öffentlichen Gewalten, endlich einmal mit einer tief einschneidenden Reformthätigkeit zu beginnen. Was ist aber auf Grund dieser traurigen Erfahrungen geschehen? Am 8. Mai 1897, also fünf Jahre nach den traurigen Jahren, schrieb der „Hamb. Cour.“: „Bis jetzt ist unser Wunsch unerfüllt geblieben. Was bis jetzt in Hamburg unternommen, beziehungsweise versucht wurde, ist die Wohnungsreform; dies verdient diese Bezeichnung nicht, und ist weit entfernt, auch nur den minimalsten Anforderungen einer wirklichen Reform zu entsprechen.“

Von den Thatfachen abgesehen, daß nun das heutige Wohnungselend einfach eine soziale Gefahr für die Gesellschaft überhaupt bildet, ist es auch für jeden einzelnen Arbeiter von schwerwiegender Bedeutung in hygienischer und sittlicher Beziehung. Die Gesundheitslehre fordert, daß auf ein heizbares Zimmer nicht mehr als zwei Bewohner kommen und bezeichnet Zimmer mit mehr als zwei Personen als überfüllt. Was sagt uns nun die Wohnungsstatistik über die deutschen Großstädte? In dem Jahre 1880 hatte Hamburg in 47370 überfüllten Wohnungen 246082 Bewohner; Berlin in 159369 überfüllten Wohnungen 790425 Bewohner; Breslau in 62941 überfüllten Wohnungen 198496 Bewohner; Dresden in 83908 überfüllten Wohnungen 144023 Bewohner. In Berlin waren 1888 51 Prozent der vorhandenen Wohnungen überfüllt und

in diesen wohnten über 800000 Menschen (Wurm: Volkstheorie). Daß die Verhältnisse auch in den Provinzen nicht viel gesünder sind, geht deutlich aus einer drastischen Aeußerung des Grafen v. Gröben hervor, der erklärt, „daß wohlhabende Gutsbesitzer zur Erbauung von Schweinehöfen mehr Geld verwenden, als zur Errichtung von Arbeiterwohnungen.“ Daß die Zustände sich auch in den letzten Jahren nicht gebessert haben, bedarf mit Rücksicht auf die bekannte Lahnheit unserer Sozialreform nicht erst eines ziffernmäßigen Nachweises, der übrigens erst auch mit Nachdruck erbracht wird, wo die statistischen Erhebungen von den Arbeitern selbst die nöthige Unterstützung finden. Welches Bild bieten nun in der Regel solche Arbeiterwohnungen? Entweder hoch oben „im letzten Stockwerk einer Mieths-laserner“, wo der Wind durch die Lüden pfeift, oder tief unten im feuchten schmutzigen Souterrain hat der Hauseigentümer gnädigst gerührt, irgend einem armen Teufel ein Plätzchen anzuweisen, wo er mit den Seinen haust, wenn er das schwere Tagewerk in der Fabrik und Werkstätte beendet hat. In dem kleinsten Räume ist nun eine zumeist zahlreiche Familie untergebracht. Luft und Licht sind fremde Dinge in solchen Höhlen. Wo aber Luft und Licht nicht hinkommen, dort kommt der Arzt hin, — das alte Sprichwort kommt hier sehr bald zu Ehren: Kopfschmerz und Stenose, von denen so häufig gerade die Kinder von Proletariern befallen werden, sind nicht allein die Folgen schlechter und unvollkommener Ernährung, die ungelungenen sanitären Verhältnisse, die die übergroße Mehrtheit der Proletariatswohnungen aufweisen, bilden dafür einen Haupterklärungsgrund. Dazu kommt, daß in einem einzigen Räume, der die Wohnung darstellt, die Familie locht und zuweilen, wie dies in der Haus-industrie üblich ist, — auch arbeitet. Tritt nun in einer solchen Familie ein Krankheitsfall ein, der ärztliche Behandlung erfordert, dann scheitert selbst die Kunst der medizinischen Wissenschaft an der Durchführung bestimmter ärztlicher Anordnungen. Die Arzneimittel allein müßten Wunder wirken, wenn unter dergleichen Verhältnissen ärztliches Können von Erfolg gekrönt sein sollte.

Aber auch die sittliche Seite der Frage ist nicht ohne Bedeutung. Hat das Zusammenpressen vieler Menschen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts in einem einzigen Wohnraum die schwersten Bedenken für die heranwachsende Jugend, so ist die Sache aber auch für die Arbeiterklasse als Klasse nicht ganz einwandfrei. Das moderne Wohnungselend wirkt nämlich abtumpfend auf den Geist und degenerierend auf den Charakter. Wer von Jugend auf an unzulängliche, schmutzige und unfreundliche Wohnungen gewöhnt ist, dem kommt auch ganz natürlich das Gefühl für höhere kulturelle Bedürfnisse abhanden und das ganze Verlangen wendet sich an irgend eine niedrige Leidenschaft, die, zur Gewohnheit werdend, Alles erzeugt, worauf sonst unter normalen Verhältnissen ein kulturelles Anspruchs erhebt. Der Arbeiter, dem die anständige menschliche Wohnung mangelt, schafft sich ein warmes Heim im Wirthshaus oder, was noch viel schlimmer, in der Branntweinkeule, wo der tägliche Fusel des Alkohols zum Stimulus wird und ihn über die Leiden und Mühsalen des Lebens hinwegjagt. Zutreffend sagt das schon Fr. Engels über die unter der wischen Einwanderung leidenden Arbeiter Englands: „Der Arbeiter kommt müde und erschlaft heim; er findet eine Wohnung ohne alle Bohnlichkeit, feucht, unfreundlich und schmutzig; er bedarf dringend einer Aufbebung, er muß etwas haben, daß ihm die Arbeit der Mühe werth, die Aussicht auf den nächsten laueren Tag erträglich macht... es ist die physische und moralische Nothwendigkeit vorhanden, daß unter diesen Umständen eine sehr große Menge von Arbeitern dem Trunke verfallen muß.“

Von solchen Gesichtspunkten haben wir nun auch vom organisatorischen Standpunkt ein ganz gewaltiges Interesse an der Reform der Wohnungsfrage und es muß gerade von jedem Gewerkschaftler, dem an der Heranbildung denkender und intelligenter Arbeiter gelegen ist, freudig begrüßt werden, daß sich die Vertreter der Arbeiterklasse in den einzelnen Gemeinden mit steigendem Interesse um die Beschaffung billiger und anständiger Wohnungen kümmern. Man lasse doch erst einmal die Zahl derjenigen, denen eine anheimelnde Behausung fremd ist und die von einer nur halbwegs bequamen

Wohnung nichts wissen, heimlich werden in einem netten, dem eigenen Gebrauch zugewiesenen Räume und führe sie so aus den Pesthöhlen, die der moderne Wohnungswucher etabliert hat, in gesunde, dem Lichte und der Reinlichkeit zugängliche Häuser und die Folgen davon werden wahrlich auch in sittlicher und intellektueller Beziehung nur gute sein. Der Arbeiter, der an ein Heim gewöhnt ist, in dem er, wenn schon nicht das Glück — das der Kapitalismus vertrieben hat — so doch einige Bequemlichkeit in seinen freien Stunden genießt, wird seine Zeit viel eher mit sozialpolitischen Studien und Lesen guter Zeitschriften ausfüllen, statt in der wüsten Schente geistig zu verkommen. Und die moderne Bewegung der Arbeiter braucht eine sähige und geistig regsame Schaar von Externen, die lernen, sich mit der Verbesserung ihrer Klassenlage zu beschäftigen und die, von den hohen Idealen der Zukunft erfüllt, Hand anlegen zur Vollendung eines großen Werkes.

Fr. L.

An die der Organisation noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen von Mannheim-Ludwigshafen.

Schon oft ist an Euch der Ruf ergangen: „Maacht Euch mit uns um die Fühne der Organisation, versucht mit vereinter Kraft das zu verlangen und zu erkämpfen, was dem Einzelnen unumgänglich ist!“ Doch war dieser Ruf bisher immer von wenig Erfolg begleitet. Unser Streben ist auf die Erzielung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet. Daher gilt es für uns, der Macht des stets wachsenden Kapitals, die Macht der Organisation gegenüberzustellen. Die Zeiten sind schwerer denn je. Der wirtschaftliche Aufschwung, der den Unternehmern Gewinn in reichlicher Maße gebracht, ist vorüber. Was hat uns dieser Aufschwung gebracht?

Unser Antheil besteht in Bezahung der theuren Lebensmittel, Steuern etc. und einer verächtlichen Ausbeutung. Eine allgemeine Lohnaufbesserung haben wir nicht erhalten. Die Unternehmungskasse fragt nicht, wieviel Lohn bedürft ihr zu eurer Erhaltung, zur Erfüllung eurer staatlichen und gesellschaftlichen Verpflichtungen?! Nein, sie rechnet nur mit der Höhe des Profits. Je besser die Organisation ist, um so weniger sind die Unternehmer in der Lage, ihre Wünsche erfüllt zu sehen, oder um so leichter haben wir es, uns gegen Lohnverschlechterungen zu wehren. Darum erwacht aus Eurer Gleichgültigkeit und Stumpfheit und tretet der Organisation bei. Trennt deshalb den dem beiliegenden Flugblatt anhängenden Aufnahmchein ab und sendet ihn unterschrieben ein, an die

Zahlstelle Mannheim.

Correspondenzen.

Berlin. Am 24. Juli fand hier selbst eine Generalversammlung der Zahlstelle I statt, welche leider nur schwach besucht war. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls stellte Kollegin Klar vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag, die Generalversammlung des nächsten Besandes wegen zu vertagen. Kollegin Thiede führt gegen den Antrag aus, daß unsere Generalversammlungen leider immer an schwachem Besand Franken und seien mit noch weniger Mitgliedern weit wichtigere Beschlüsse gefaßt worden als gegenwärtig auf der Tagesordnung stehen. Die Abstimmung ergiebt die Ablehnung des Antrages. Hiernach theilt Kollegin Heydemann unter Mittheilungen mit, daß die bewußte kombinierte Sitzung mit dem Zentralvorstand und den beiderseitigen Vorständen leider noch nicht stattgefunden habe. Deshalb sei auch die Verichtigung unserer Liste eingeleitet, welche jedoch erst in nächster Nummer der Zeitung erscheinen wird. Des weiteren sollen Kolleginnen, welche auf unbestimmte Zeit ausziehen, sich sofort der Kontrolle des Arbeitsnachweises unterziehen und Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erheben. Ebenso sollen arbeitslose Kolleginnen, welche zu den Versammlungen erscheinen, vor wie nach 50 Pf. Zehrgeld erhalten. Leider ist dieser Beschl. von der Verwaltung lange nicht mehr ausgeübt worden. Ferner sollen zum Zweck einer gründlichen Revision sämtliche Mitgliedsbücher eingezogen werden und möchten dieselben die Vertrauenspersonen den Kolleginnen auseinandersehen. Des weiteren macht die Vorsitzende noch bekannt, daß der Arbeitsnachweis vom 1. Oktober ab nach dem Lokal von Thiede verlegt wird. Die Bedingungen sind dieselben wie bei Wörschel. Sodann erstattete die Vorsitzende den Bericht der letzten Gewerkschaftskommission. Sitzung. Aus demselben ist hervorzuheben, daß die Gewerkschaftskommission in nächster Zeit einen Lastenplanmacht

herausgegeben wird, welcher für Gewerkschaftsmitglieder von besonderem Interesse sein wird. Nachdem die Kollegin Thiede die Gründe bekannt, wegen welchen die neugewählten Zentralvorstandsmitglieder noch keine Einladung zu einer Sitzung erhalten hätten. Trotz der vorgebrachten Gründe erklären die Kolleginnen Klar und Müller ihr Amt nicht antreten zu wollen. Kollegin Hanna stellt den Antrag, den vierten Punkt der Tagesordnung, die Neuwahlen, der vorgerückten Zeit wegen, zuerst zu erledigen und wird derselbe angenommen. Kollegin Heydemann erklärt hierzu, daß sie gezwungen sei, aus Gesundheitsrücksichten den Posten neben ihrer Arbeit nicht mehr versehen zu können. Da jedoch von den vorgeschlagenen Kolleginnen niemand das Amt übernehmen will, erklärt Kollegin Thiede, es doch wieder so wie in früheren Jahren zu machen, daß die Vorsitzende den Arbeitsnachweis übernimmt, wenn eine Kollegin neben ihrer Arbeit den Kassierposten verwalteten würde. Die Kolleginnen Fiesel, Hanna, Müller und Senkel sprechen sich für diesen Vorschlag aus. Die Kolleginnen Klar, Boballa und Dieke dagegen Kollegin Gottwald erklärt auf Vorschlag, daß sie nicht im Stande sei, den Vorpost zu übernehmen, auch ten Kassierposten nicht neben der Arbeit, da sie vorläufig etwas Ruhe haben wollen. Kollegin Klar erhebt den Vorwurf, daß keine Vertrauenspersonensitzung zu diesem Zweck einberufen sei und schlägt vor, eine Urabstimmung darüber stattfinden zu lassen. Kollegin Heydemann weist auf die Unmöglichkeit einer derartigen Wahl hin (? Die Red.) und wurde auch von vorneherein darauf verzichtet. Nachdem noch die Kolleginnen Fiesel und Thiede dafür gesprochen, wird zur Wahl geschritten. Das Wahlergebnis ist ein gesplittertes, da, trotz der Erklärung der Kollegin Gottwald, dieselbe als Vorsitzende mit ausgeteilt war. Kollegin Heydemann erklärt hierzu, ihre Wahl vorläufig bei Seite zu legen und die Kassierfrage zu erledigen, da, wenn dieselbe sich nicht erledige, die Sache ja schließlich mit einer anderen Vorsitzenden zu bleiben muß. Kollegin Gottwald stellt hierauf den Antrag, der ersten Vorsitzenden den Nachweis zu übertragen. Derselbe wird nach Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Hierzu erklärt sich Kollegin Müller bereit, das Amt als erste Kassierin neben der Arbeit zu übernehmen. Kollegin Thiede beantragte, da es sehr spät sei, die jetzigen Bestimmungen durch Dankausreden zu vollziehen. Auch dieser Antrag wurde durch Abstimmung angenommen. Aus dieser Abstimmung ging Kollegin Heydemann als 1. Vorsitzende und Vermalterin, Kollegin Müller als 1. Kassierin, Kollegin Fiesel als 2. Vorsitzende, Kollegin Dieke als 2. Kassierin, Kollegin Bayle als Beisitzerin und Kollegin Seidel als 2. Schriftführerin hervor. Kollegin Heydemann erklärt hierzu, daß sie ihre Arbeit, wo sie bereits mehrere Jahre beschäftigt ist, ungerne verläßt, da dieselbe sehr und angenehm wäre, aber im Interesse der Sache hätte sie es für geboten. Zum Zentralvorstand wurden die Kolleginnen Hempel und Rannengießer gewählt. Auch in der Delegation zur Gewerkschaftskommission mußte ein Wechsel eintreten, da Kollegin Heydemann den Posten nicht mehr mit versehen könne. Die Versammlung stimmt dem Wechsel zu. Nachdem Kollegin Hanna nochmals die Mitglieder zur zahlreicheren Beteiligung an der freiwilligen Krankenkasse aufforderte, erfolgte Schluß der Versammlung um 1/2 12 Uhr.

Übersicht l. Gr. Nachdem in den Monaten Mai, Juni und Juli die von dem Vorsitzenden einberufenen Versammlungen stets wegen Nichterscheinen der Mitglieder ausfallen mußten, fand endlich einmal wieder am 9. August eine von 8 Mitgliedern (6 Kollegen und 2 Kolleginnen) besuchte Versammlung statt. Die Tagesordnung wies folgende Punkte auf: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Statistisches über die letzte statistische Aufnahme am hiesigen Orte. 3. Bericht des Kassiers vom letzten Quartal. 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkte machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß vom Zentralvorstand ein Flugblatt herausgegeben worden sei und sich dasselbe auch für uns zur Verbreitung hier am Orte eigne. Die Versammlung beschloß, den Vorsitzenden zu beauftragen, 50 evtl. auch 100 Stück schiden zu lassen, um dieselben dann an die uns fernliebenden Kollegen zu verteilen. Die Verbreitung des Flugblattes soll zweimal geschehen. Beim zweiten Punkte verlas der Vorsitzende die Ergebnisse der letzten statistischen Annahmen am hiesigen Orte. Derselben haben ergeben, daß noch viel Arbeit für uns vorhanden ist, um die vorhandenen Lebensstände in einigen Druckerien abzuschaffen. Der dritte Punkt wurde wegen Fehlens des Kassiers übergangen werden; jedoch wurde bedauert, daß, nachdem schon dreimal keine Versammlung stattgefunden hat, der Kassier in der heutigen Versammlung fehlt. (Jedoch sei auch hier an alle Mitglieder appelliert, die nächsten Versammlungen pünktlich und vollständig zu besuchen, als dies bisher der Fall war; denn Beitrag allein zahlen thut's nicht. Der Schriftf.) Der vierte Punkt Verschiedenes theilte Kollegin Niemann einige Lebensstände in der Druckerei Stalling mit, worauf der Vorsitzende erwiderte, daß es ihm freue, wenn solches hier vorgebracht würde, damit auf irgend einer Weise dann Necessur geschafft werden könnte, gerade aber solches nicht, und die Kollegen theilten die Vorgänge in der Versammlung oder dem Vorsitzenden persönlich nicht mit, dann könnte auch von seiner Seite eine Abschaffung

der Lebensstände eintreten. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, richtete der Vorsitzende an die Versammlung die Frage, ob die Mitglieder wohl mit einer Beitrags-erhöhung um 5 Pf. von 15 auf 20 Pf. einverstanden wären? Die meisten der anwesenden Mitglieder meinten jedoch, dies würde nur die Zahl der Mitglieder unserer Zahlstelle verringern, und daß daher vorläufig davon abgesehen werden sollte; denn jetzt bedauern wir schon einige Mitglieder, daß sie den Beitrag nicht erschwingen konnten. Zum Schluß wies der Vorsitzende, wie in jeder Versammlung, auf die Vortheile und Ziele unseres Verbandes hin, worauf die Versammlung geschlossen wurde. In derselben Versammlung wurde u. A. auch noch ein Ausflug nach Bremen beschlossen, um mit den dortigen Kollegen und Kolleginnen einmal in engem Kreise vereint zu sein. Den teilnehmenden Mitgliedern wird die halbe Fahrt vergütet und es ist zu wünschen, daß sich wohl kein Mitglied davon ausschließen wird. Der Tag wird den Mitgliedern noch durch Zirkular mitgeteilt werden.

Berlin. Am 11. August er. fand im Louisenstädtischen Konzerthaus eine Generalversammlung der Delegierten zur Ortskrankenkasse für das Buchdruckergewerbe statt, welche sich hauptsächlich mit der Beilegung des durch den ungehörigen Krankenbestand verursachten Defizits zu beschäftigen hatte.

Ten einleitenden Bericht über den Vermögensstand der Kasse gab der Rentant Herr Magnan und in demselben folgendes zu entnehmen: Leider ist der im Jahresberichte enthaltene Appell an die Mitglieder in keiner Weise befolgt worden, weder von den Mitgliedern, noch scheinen die Ärzte — mit geringer Ausnahme — von dem Berichte und noch weniger von einem diesbezüglichen Zirkulare des Vorstandes Notiz genommen zu haben. Den Mitgliedern ist der Vorwurf zu machen, daß sie, wie die Ärzte sagen, die „anspruchsvollen Kasstranken“ sind und den Ärzten vielfach vorschreiben, was sie verschrieben haben wollen. Ein großer Theil der Ärzte wieder glaubt es mit den Mitgliedern halten zu müssen und beweist ihnen darum das weiteste Entgegenkommen. Klar und deutlich hat es der Apotheker bewiesen, daß die wenigsten Ärzte auf Seiten der Kassen stehen, dafür aber desto mehr den Mitgliedern Klar zu machen suchen, wie schlecht sie für ihre Thätigkeit entschädigt werden. Man sollte annehmen, daß gerade die von den Ärzten angeforderte höhere Bezahlung Veranlassung für sie wäre, das Interesse der Kassen zu wahren, statt dessen erlitt man alle Tage das Gegenteil. Nun, wenn alle Bitten nichts fruchten, dürfen sich die Herren nicht wundern, wenn zu geringerer Zeit auch eine bedeutende Sichtung vorgenommen wird. Der Nebel größtes ist allerdings die Zuführung der weiblichen Mitglieder oder richtig gesagt, der Zeitungs-Austrägerinnen, die immer fröhlich sind und das Krankengeld als einen Zustand zum Wirtschaftsgebilde betrachten; dazu die augenblickliche schlechte wirtschaftliche Lage, in welcher die Arbeitslosen mehr als sonst ein Unterkommen in der Krankenkasse suchen. Wengleichlich der Vorstand die größte Mühe gegeben hat, durch verstärkte Kontrolle das Simulantentum einzudämmen, so war es doch nicht möglich, das fortschreitende Defizit aufzuhalten und somit notwendig, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, in der über die weiteren Schritte beraten werden sollte. Diese fand denn auch am 4. August statt und gab der Rentant zunächst einen Bericht über die augenblickliche Lage. Danach ist während des ersten halben Jahres zur Deckung der laufenden Ausgaben (bei etwa 16000 Mitgliedern einschl. 840 Kranke) ein Zuschuß von 31500 Mt. erforderlich gewesen, dazu 12000 Mt., welche die Landesversicherungsanstalt noch bekommt, sind zusammen 43500 Mt. Rechnet man außerdem die vom Gehege vorgeschriebene Rücklage zum Reservefonds im Betrage von 27000 Mt. hinzu, so ergibt sich für das erste halbe Jahr, ein Defizit von etwa 70000 Mt. Daß es nicht so weiter gehen kann, ist wohl jedem klar und sind deshalb Mittel und Wege nötig, um einen stabilen Geschäftsgang zu ermöglichen. Hierzu waren der Versammlung zwei Wege vorgeschlagen. Nach dem von den Arbeitnehmergeverten im Vorhande eingebrachten Vorschläge sollten die Beiträge — in Rücksicht auf eine von der Aufsichtsbehörde ergangene Anfrage, ob die Lohnverhältnisse im Buchdruckergewerbe noch dieselben seien wie die i. B. im Statut angegebenen — folgendermaßen festgesetzt werden: Kassiermitglieder, deren täglicher Arbeitsverdienst 4 Mt. und mehr beträgt, bilden die I., 3,01 Mt. bis 3,99 Mt. die II., 2,01 Mt. bis 3 Mt., die III., 1,01 Mt. bis 2 Mt. die IV., und 1 Mt. und weniger die V. Klasse Der durchschnittliche Tageslohn ist folgender: I. Kl. 4 Mt., II. Kl. 3,50 Mt., III. Kl. 2,50 Mt., IV. Kl. 1,50 Mt., V. Kl. 1,00 Mt. An Beiträgen werden gezahlt: in der I. Kl. 99 Pf., II. Kl. 87 Pf., III. Kl. 65 Pf., IV. Kl. 36 Pf., V. Kl. 24 Pf. Das Krankengeld beträgt pro Wochentag: für die I. Kl. 2,00 Mt., II. Kl. 1,75 Mt., III. Kl. 1,25 Mt., IV. Kl. 0,75 Mt., V. Kl. 0,50 Mt. Das Begräbnisgeld beträgt: für die I. Kl. 120 Mt., II. Kl. 105 Mt., III. Kl. 75 Mt., IV. Kl. 45 Mt., V. Kl. 30 Mt. Außerdem sollen alle diejenigen Mitglieder, welche bei etwaiger Erkrankung noch nicht 26 Wochen Mitglied der Kasse sind, nur Anspruch auf die im Gehege vorgeschriebene Mindestleistung (13 Wochen Krankengeld) haben. Die Arbeitgeber dagegen unter-

breiteten der Versammlung folgenden Antrag: Das Krankengeld soll in Zukunft nicht mehr bis Zwölftel, sondern wie früher nur die Hälfte des durchschnittlichen Tageslohnes betragen und nicht vom Tage der Erkrankung, sondern vom zweiten Tage der Erkrankung an gezahlt werden. Neueintretende Mitglieder haben ein Einschreibegeld von einer Mark zu zahlen. Mitglieder, welche bei etwaiger Erkrankung noch nicht 26 Wochen Mitglied der Kasse sind, haben nur Anspruch auf die gesetzliche Mindestleistung (13 Wochen Krankengeld). Durch den ersten Vorschlag würden trotz der Erhöhung des Krankengeldes nach stattegebender Ausrechnung nicht nur die laufenden Ausgaben gedeckt, sondern auch noch ein kleiner Ueberschuß herauskommen, während durch die im zweiten Vorschlage entstehenden Eripatrijse eine höhere Einnahme von etwa 60000 Mt. jährlich erzielt würde. Sämtliche Redner der Arbeitnehmergeverten erklärten auch den ersten Vorschlag als die richtige Lösung der gegenwärtigen Mißere an, während die Prinzipale warnten, nicht so übermäßig pessimistisch zu sein, da noch nicht anzunehmen sei, daß sich die Verhältnisse für die Dauer weiter so schlecht ausnehmen würden, wie sie zur Zeit sind, und man keine Ursache habe, für zukünftige Zeiten zu sparen. Ein großer Fehler sei auch die Einführung der ständigen Bonus, wodurch dem Simulantentum ebenfalls Vorhub gelistet würde. Schließlich sollte man bedenken, daß die Annahme des ersten Antrages für die Prinzipale eine erhebliche Mehrbelastung bedeute und wäre deshalb, da ein großer Theil der Prinzipale von Berlin abweisend, eine Vertagung der Versammlung wohl zu rechtfertigen, eventl. nehmen sie für sich den § 31 des Krankenlosgesetzes in Anspruch, welcher getrennte Abstimmung des Antrages vorschreibt. Dem wurde entgegengehalten, daß an dem Simulantentum verschiedentlich auch die Prinzipale schuld seien, insofern sie besondere Kassen und Kassen unterhielten, die diesen Mitgliedern der Ortskasse das Krankengeld erleichtern. Schließlich einigte man sich dahin, eine Kommission zu wählen, die die eingegangenen Vorschläge nochmals einer gründlichen Prüfung unterzieht und der in einigen Wochen wieder stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung neue Vorschläge macht. Gewählt wurden in diese Kommission seitens der Arbeitgeber die Herren Schölem und Bolten, von Arbeitnehmergeverten die Herren Rassin, Faber, Wittig und Frl. Heydemann und zu Stellvertretern die Herren Wobbe, Vobahl und Frl. Fiesel. Es liegt nun an den Mitgliedern, ihre Delegierten anzuhalten, entweder für einen höheren Beitrag mit verhältnismäßig höherem Krankengeld oder für eine Herabsetzung der Leistungen mit den bisherigen Beiträgen zu stimmen.

Rundschau.

Der Gewerkschaft der Flaschenmacher ist nunmehr zur Thatsache geworden. Am 27. Juli legten ungefähr 4700 Flaschenarbeiter die Arbeit nieder.

Die Haltung der Streikenden ist bisher eine muntere und zuversichtliche. Die umfassenden Polizeiaufgebote haben sich insoweit als überflüssig erwiesen. Die „so schönen Arbeiterwohnungen“ auf den Fabrikhöfen sind verwahrt und hatten des Einzugs russischer „Unterthanen.“ Bei dem vorzüglichen Geiste, welcher unter den Streikenden herrscht, wird es also nur darauf ankommen, daß die Arbeiterchaft Deutschlands auch die penultima Unterwürfung nicht ausbleiben läßt und ist dann den um das Koalitionsrecht kämpfenden Arbeitsgenossen der Sieg gewiß. Gelder für die Streikenden sind zu senden an G. Panann, Berlin, Luisenstr. 26.

Zur Bekämpfung der Flei-Erkrankungen gewerblicher Arbeiter. Das schäffische Ministerium des Innern hat den Vorschlägen des Landes-Medizinalkollegiums gemäß verordnet, daß die gewerblichen Betriebe, in denen die Arbeiter der Flei-Vergiftung ausgesetzt sind, besonders benahtigt werden sollen, und daß, soweit nicht vom Bundesrathe besondere Vorschriften erlassen sind, namentlich die Einhaltung folgender Bestimmungen streng zu kontrollieren sind:

1. Arbeiten, bei denen Flei und Flei-Präparate zur Anwendung kommen, dürfen nicht in Wohn- und Schlafräumen (sofern es sich nicht um Instandsetzung solcher Räume durch Maler etc. handelt) vorgenommen werden.
2. Die Arbeitsräume müssen stets möglichst rein gehalten und insbesondere die Fußböden durch tägliches Aufwaschen oder reichliches Abwischen von dem sich ablagernden Fleistaub und sonstigen Flei-Abfällen gründlich gereinigt werden. Auch sind die Räume täglich gründlich zu lüften.
3. Für die Arbeiter müssen genügende Wascheinrichtungen, sowie ein geeigneter Raum zum Ablegen und Aufbewahren ihrer gewöhnlichen Kleider vorhanden sein.
4. Die Arbeiter haben bei der Arbeit besondere Arbeitskleider zu tragen.
5. Das Tabakrauchen und Tabakkauen ist während der Arbeit zu unterlassen.
6. In den Arbeitsräumen dürfen Speisen und Getränke nicht aufbewahrt und nicht gegossen werden.
7. Ihre Maßzeiten haben die Arbeiter in einem hierzu besonders bestimmten, von den Arbeitsräumen vollständig getrennten Räume einzunehmen. Vor dem Essen müssen dieselben die Arbeitskleider ablegen, sich den Mund durch

Ausspülen und Gurgeln mit reinem Wasser reinigen und Hände und Gesicht mit warmem Wasser und Seife, und zwar die Hände unter Verwendung einer Bürste, sorgfältig waschen. In gleicher Weise haben sich die Arbeiter vor dem Verlassen der Arbeitsstätte gründlich zu reinigen. Ferner ist unter Umständen die Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter durch regelmäßige periodische ärztliche Untersuchungen, die Ausschließung nicht völlig gesunder Personen, jugendlicher Arbeiter und Frauen von der Beschäftigung in dem Gewerbebetrieb überhaupt oder von bestimmten Arbeiten, sowie sofortige Ausschließung Erkrankungen von Arbeitskräften zeigender Arbeiter von der bisherigen Beschäftigung bis zum Eintritt völliger Genesung ins Auge zu fassen. Auch sollen die Arbeiter vor Eintritt der Beschäftigung vom Unternehmer über die Gefahr und ihre Verhütung aufgeklärt werden. Schließlich sollen die Krankenpfleger bezw. Krankenwärter verpflichtet werden, bei fieberhaften auftretenden Bleivergiftungen alsbald der Volksgesundheit zur Anzeige zu bringen. Die Verfügung ist anerkennenswert, ob sie aber in den Betrieben streng durchgeführt wird, möchten wir bezweifeln.

Die Organisation des graphischen Hilfspersonals in der Schweiz macht, einem Bericht der „Helv. Typographia“ zufolge, noch nennenswerte Fortschritte. So hat kürzlich in St. Gallen eine Versammlung stattgefunden, in welcher Sekretär Schuppi und der Verh. der Organisationen referierte. Der Versammlungsbeschluss hatten fast alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Folge geleistet und somit nach dem trefflichen Referat zur Gründung einer Organisation geschritten, indem 27 Kollegen und Kolleginnen durch Unterschrift ihren Beitritt erklärt hatten. Zu bemerken ist, daß die Erfolge in der Organisation des Hilfspersonals ausschließlich den Buchdruckern zuzurechnen sind.

Neber das Ende des Frauenlohn-Weberkreises berichtet der „Textilarbeiter“, daß zwar noch längere Verhandlungen ein ehrenvolles und für die Arbeiter vortheilhaftes Vergleich zu Stande gekommen, der Frieden aber noch nicht völlig gesichert ist.

Die Ausprägung der Korhansener Kantabakarbeiters in den Nr. 16 der „Solidarität“ genannten Blätter dauert fort. Wie das Organ des Tabakarbeiterverbandes berichtet, sind zwar neue Verhandlungen zwischen den Arbeitern und dem Fabrikantenbund unter der Leitung des Syndikus des deutschen Tabakvereins, Schloßmacher, im Gange, allein dieselben ziehen sich so auffällig in die Länge, daß daraus keine großen Hoffnungen hinsichtlich baldiger Beilegung des Streiks zu schöpfen sind. Der Kampf kann eben nur dadurch beendet werden, daß die Arbeiter anderwärts nur durch ihre Solidartät und kräftige Unterstützung der Ausständigen die widerwärtigen Unternehmer zur Anerkennung des Schiedsspruchs bewegen können. Denn die Letzteren setzen ihre ganze Hoffnung nur noch auf die zur Unterwerfung zwingende materielle Nothlage der Ausständigen.

Also, Freunde, Arbeiter, Genossen, sorgt für Munition zum Kampfe und untersucht alle Maßnahmen (Boykott u.) die zum guten Ausgang des Kampfes getroffen wurden.

Literatur.

Die Rechte des Angeklagten. Wer jemals einer Gerichtsverhandlung bewohnt, konnte sich oft der Wahrnehmung nicht verschließen, daß der Angeklagte einer völlig fremden Ideenwelt gegenübersteht und der Situation selbst nicht gewachsen ist, wenn es sich um eine Volksbegeisterung oder eine Privatklage handelt. Mag er draußen noch so großsprecherisch sein, hier weicht er nicht das rechte Wort zur Verteidigung zu finden, sondern begreift viel zu spät, daß er den rechten Augenblick verpaßt hat, um seine Freisprechung zu erzielen oder die Strafe herabzumindern. Schuld an dieser Geistesunkenntnis mit ist der mangelhafte Schulunterricht auf dem Gebiete des Rechts und die Hülfe von Gesetzesbestimmungen, mit denen wir beglückt sind. Zu begrüßen ist es deshalb, daß eine berufene Feder sich gefunden hat, die aus dem reichen Erfahrungsschatz in praktischer Anordnung des Stoffes und in gemeinverständlicher Weise das richterliche Verfahren im Strafprozeß geschildert und durch Beispiele aus dem Leben erläutert hat. Die Schrift: Frh. Hartwig, die Rechte des Angeklagten, Verlag von Mich. Lipski, Leipzig, Reudnitz-Str. 11, Preis einschließlich Porto 55 Pfg., hat schon einige Auflagen erlebt, ist vollständig neu bearbeitet und im Inhalt erweitert worden. Trotzdem hat der Verlag den früheren Preis von 75 Pfg. auf 50 Pfg. herabgesetzt, um dem Werke die weite Verbreitung zu geben, die es verdient. Jeder kann aus dem Buche lernen und ist die Anschaffung desselben zu empfehlen. Der Inhalt des Buches ist folgender:

Der Angeklagte und die Richter. Die öffentliche Klage. Die Voruntersuchung. Beschlagnahme und Hausdurchsuchung. Verhaftung und vorläufige Festnahme. Die Anklage. Vorbereitung zur Hauptverhandlung. Verteidigung jugendlicher Angeklagter. In der Hauptverhandlung. Von den Rechten des Angeklagten in

der Hauptverhandlung. Ausschluss der Öffentlichkeit. Ablehnung von Richtern. Verfahren gegen Abwesende. Das Urteil. Die Verurteilung. Wiedereingebung in den vorigen Stand. Revision. Das Wiedernahmeverfahren. Die Begnadigung. Privatklage und Widerklage. Gegen vollständige Strafverfügungen. Strafvollstreckung. Entschädigung unzulässig Verurtheilter. Warnung vor Winkelfunktionen.

In demselben Verlage sind unter dem Gemeintitel: „Bibliothek des praktischen Wissens“ folgende von tüchtigen Fachleuten geschriebene gemeinnützige Bücher erschienen: Manfred Wittig, Die Kunst der Rede 1 Mf. Hermann Pilz, Das Ehe- und Familienrecht. 75 Pfg. Das Vormundschaftsrecht 75 Pfg. Das Erbrecht und die Testament. 75 Pfg. Das Recht des unehelichen Kindes und die Ansprüche der Kindesmutter. 75 Pfg. Lipski, Rechte und Pflichten des Mieters. 20 Pfg.

Die bekannte Brochure: „Welche Lust Solbat zu sein“ (Verlag von R. Ernst in München) bringt auf Seite 75 ein „Schimpfpoem-Verizon“, damit der Leser über die Umgangssprache der Offiziere und Unteroffiziere mit den Soldaten sich ein richtiges Bild machen kann. Das Verzeichnis ist keineswegs vollständig, trotzdem weisen A. D. 41 Kraftleistungen auf:

Aastknochen, polnisches Aas, verrottes Aas, dänisches Aas, Aste, Pfingstfest, gemeine Hande, Banditenkop, Bauernkerl, elende Bestie, erlöste Balle, Bube, Dreckad, Gel, Feind, Hunkent, Kamel, dappiger Hanswurst, Himmelhund, Hornochs, wilde Horde, verfluchter Hund, verfluchte Hundsbunde, Hundstot, Hundelimmel, Hundehund, Hundstet, Hundstochen, traurige Hundseele, laubhunder Judenjunge, Kameel, Kummelstark, Lausbub, dummes Uder, Uderzeug, Louis, Himmel trauriges Mannsbild, Weineidiger, Nihilist, Das u. u.

Verband der in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. — Zahlstelle II, Berlin (Hilfsarbeiter).

Wegen der Landestrainer findet das

Sommer-Fest

am 1. September in den Armnhallen statt. Die Billets behalten ihre Gültigkeit. Das Komitee.

Berlin. Zahlstelle II (Hilfsarbeiter.) Sonntag, den 18. August 1901, Nachmittags 1 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20. **Werdentliche General-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Mittheilungen, 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung, 3. Vierteljahrsberichte, 4. Verschiedenes, 5. Mittheilungsbuch legitimirt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht.

Der Vorstand.

NB. In dieser Versammlung erfolgt Mittheilung der Restanten und werden die mit ihren Beiträgen restirenden Mitglieder dabei ersucht, unbedingt abzurechnen.

D. C.

Hannover. Dienstag, den 20. August, Abends 8 1/2 Uhr: **General-Versammlung** im Wiederauf'schen Restaurant, Ecke Knochenhauer- und Wallstraße. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Berlin, Zahlstelle I. **Versammlung am Mittwoch, den 21. August 1901, Abends 8 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung:** 1. Mittheilungen, 2. Vierteljahrs- und Jahresberichtsbericht, 3. Gehaltsfrage für die Verwalterin und Kassierin, 4. Vorschläge zur Einführung einer Treuhandverwaltung, 5. Verschiedenes. — Vom 1. September an befindet sich der Arbeitsnachweis bei Thiede, Sendestraße 80 pt. Telefon 1, 4565.

Breslau. Mittwoch, den 21. August 1901, Abends 7 1/2 Uhr, im rothen Löwen, Kupferstraße 21, **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Berlesen des Protokolls, 2. Neugestaltung des Unterstützungs-Reglements, 3. Verbands- und örtliche Angelegenheiten, 4. Aufnahme neuer Mitglieder, 5. Ausschluss von Restanten, 6. Mittheilungen, 7. Verschiedenes. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Stomke's Städtebuch

für reisende Arbeiter, Handwerker und Künstler, mit Eisenbahn- und Wegekarte von Deutschland und angrenzenden Ländern. 856 Seiten geb. 1,20 Mf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von 1,40 Mf., von G. Stomke's Verlag, Bielefeld.

Lademig's Bierstuben

Kommandantenstr. 65. **Vorzügliches Weiss- und Baisisch-Bier** Vereinszimmer für 40 Personen. Franz. Billard. Zahlstelle der freien Volkshölle. Telefon.

Rachruf!

Am 6. August starb unsere treue Kollegin **Helene Wolf** nach zweitägiger Krankheit in Stottbus. Wir verlieren in ihr eine liebe Kollegin und werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren. Der Verein der Arbeiterinnen an Buchdruckereipressen Berlin, Zahlstelle I.

Adressen-Verzeichnis

der Vorstände und Arbeitsnachweise in den graphischen Berufen.

Hilfsarbeiter u. Hilfsarbeiterinnen:

Verband der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Alle Anfragen sind an Karl Wittig, Kaufherrn-Platz 12 bei Stephan, zu richten. Alle Gebildungen an Heinrich Lohdahl, Adalbertstraße 9, u. II.

An den Verbands haben sich folgende Vereine angeschlossen.

Berlin, Hilfsarbeiter. Vorsitzender: Robert Naht, Kleinendörferstraße 7 v. 4. Arbeitsnachweis H. Jahns, Holzmarktstraße Nr. 13. Telefon: Amt VII, 1636.

Berlin, Hilfsarbeiterinnen. Vorsitzende: Fräulein Emilie Hübemann, Alte Jakobstraße 118. Arbeitsnachweis Ida Gottwald, Judenstr. 35/36. Telefon Amt I, 8886. — Vom 1. Septbr. cr. Sendestr. 30, Telefon Amt I, 4565.

Breslau. Vorsitzender: Paul Müller, Mühlgr. 21. Kassierer: Paul Böbel, Köppl. 13. — Arbeitsnachweis: Max Brenzel, Postenstr. 27.

Damburg. Vorsitzender: H. Lohse, Albertstr. 1, bei Böhlen. Kassierer: W. Jäger, Damburg, Dammthorn. 15/16, Restaurant Prader. Arbeitsnachweis ebenda.

Leipzig-Stötteritz. Vertrauensmann: Otto Schulte, Leipzig-Reuditz, Villenstr. 23. Kassierervertrauensmann: Franz Rechlhorn, Leipzig-Volkmarndorf, Eisenbahnstr. 122 IV.

Dresden. Vertrauensmann: Oskar Krumpelt, Dresden-N., Striehngr. 23. Kassierervertrauensmann: Max Thurasch, Dresden-Altschad, Mittelstr. 20.

Hannover. Vorsitzender: Friedrich Knäbel, Kl. Dübenerstr. 7.

Stuttgart. Vorsitzender: Christian Wonnagel, Rohrbühlstr. 149.

Mannheim. Vorsitzender: W. Stabenbaum, H. 5, 16.

Karlsruhe. Vorsitzender: Karl Braun, Kirchstraße 22 III. Kassierer: Ludwig Altm. Gartenstraße 2 III.

Halle a. d. Saale. Vorsitzender: Otto Dietl, Domstr. 1 II.

Nürnberg. Vorsitzender: Otto Rinte, Münzgasse 2 Bremen. Vorsitzender: Heinrich Schwab, Große Krankestr. 14a.

Wiesbaden. Vorsitzender: Adolf Nau, Badgasse 157.

Erfurt. Vorsitzender: Bernhard Reiter, Benediktstr. 3. Kassierer: Richard Sturm, Rennarode 10b.

Osbensburg. Vorsitzender: Joseph Gries, Rantenstraße 6.

Buchdrucker:

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Vorsitzender: Albert Rastini, Verwalter Franz Stolle, Vereinsbureau Ritterstr. 88. Sprechzeit von 10—2 Uhr und 5—7 Abds. Arbeitsnachweis ebendort. Telefon Amt IV, 2141. Vereinsversammlungen alle 14 Tage im „Konferenzsaal des Konzerthaus“. Alte Jakobstr. 87. Vorstandsitzungen jeden Sonntagabend im Restaurant Thiede, Sendestr. 30.

Maschinenmeister:

Verein Berliner Buchdrucker-Maschinenmeister. Vorsitzender: Franz Kraetz, Charlottenburg, Postlozstraße 16. Arbeitsnachweis, Wilhelm Timm, Ritterstr. 41.

Steindrucker, Lithographen:

Verein der graphischen Arbeiter (Lithographen, Steindrucker etc.) Vorsitzender: Borisch, Arbeitsnachweis Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus) Telefon Amt VIIa, Nr. 8189. Sprechzeit von 8—1 4—6 Abds. Sonntagabends und Montag bis 7 Uhr Abends.

Stereotypisten:

Freie Vereinigung der Stereotypisten und Galvanoplastiker Berlin und Umgebung. Vorsitzender: E. Schellbach, Mittenwalderstr. 82. Arbeitsnachweis im Restaurant Gahl, Zimmerstraße 88, Telefon Amt I, Nr. 4119. Kassierer: Adolf Werlich, Brenzlauer-Allee 203.

Schriftsetzer:

Verein der in Schriftsetzereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgebung. Vorsitzender: G. Verhahn, Postenstr. 11.